

**Statement zum Thema „Mehr Jobs für Deutschland!“
Prof. Michael C. Burda, Ph.D., Humboldt University, Berlin**

Vor mehr als zwanzig Jahren hat mich mein Doktorvater Jeffrey Sachs zu sich bestellt und gefragt, worüber ich meine Dissertation schreiben wolle. Ich habe von meinen jüngsten Ideen zur Rolle der Lagerbestände im realen Konjunkturzyklus erzählt und wurde von ihm ziemlich heftig ausgelacht. „Das kannst Du doch nicht ernst meinen,“ hallen seine Worte immer noch in meinen Ohren. „Schreib’ doch über etwas Relevantes, wie zum Beispiel die *europäische Arbeitslosigkeit*.“ Seit dieser Vollerniedrigung bin ich damit vollbeschäftigt. Denn das Problem hat Old Europe und vor allem Deutschland immer noch fest im Griff. Betrug Anfang der 1970er Jahre die deutsche Arbeitslosenquote nach ILO-Definition ein Drittel des USA-Wertes, waren die Rollen um 2005 vertauscht, mit der deutschen Arbeitslosenquote mehr als zweimal so hoch wie in den USA. Zugleich liegt die deutsche Beschäftigtenquote mehr als sechs Prozentpunkte unter dem USA-Niveau. Pro Kopf arbeiten die Deutschen etwa 15 Stunden pro Woche, die Amerikaner 22 Stunden. Auffällig aber auch, dass die Schweden 21 Stunden, die Schweizer 20, und die Dänen 18 Stunden pro Woche pro Kopf arbeiten. Wenn weniger gearbeitet wird, werden weniger Güter über den Markt produziert und konsumiert; es findet mehr Zeit in Freizeit, am Schwarzmarkt, und in unproduktiven Formen der Haushaltsarbeit Verwendung. Kein Zufall also, dass das um Kaufkraft bereinigte BIP pro Kopf in den USA fast 50% höher als in Deutschland liegt. Will Deutschland mehr Wohlstand, der über den Markt erzielt und erzeugt wird, muss hier etwas geändert werden.

Aber die Fundamentaldaten einer Volkswirtschaft werden immer im Doppelpack geliefert und im Wesentlichen durch die Marktkräfte bestimmt. Institutionen spielen auch ihre Rolle, trotzdem setzen sich die Marktkräfte immer durch. In Deutschland gibt wenig Jobs aus Gründen, die *sowohl* mit der Nachfrage nach Arbeit von Unternehmen, *als auch* mit dem Angebot an Arbeit von Haushalten, zurückzuführen sind. Aus diesem Grund muss jedes Programm, Deutschland dem Markt zu öffnen, beide Elemente ansprechen. Zum Schluss werde ich noch einmal darauf zu sprechen kommen.

Arbeitsnachfrage

Ein erster Grundsatz der Volkswirtschaftslehre lautet: Die Nachfragekurve nach Arbeit ist negativ geneigt. Eine notwendige, wenn nicht hinreichende Bedingung für mehr Jobs in Deutschland ist einfach, dass es sich für Unternehmer lohnt einzustellen. Diese Bedingung kann durch eine hohe Produktivität der Arbeitnehmer, aber auch über einen günstigen Preis erfüllt werden. Vor allem für 4½ Millionen Arbeitslose, wovon viele erheblich an Markttauglichkeit verloren haben, heißt dies, dass die Löhne herunter müssen. Während sich

die Beschäftigung in Deutschland immer noch weiter stagniert, ist eine andere, positive Entwicklung in anderen Ländern OECD-Europas zu beobachten. Das müsste heißen, dass der Prozess der Lohnmoderation und Lohnspreizung in Deutschland noch abgeschlossen ist. Die geradezu fulminanten Beschäftigungsentwicklungen in der Zeitarbeit und vor allem bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (mini- und midi-jobs) unterstützt meine Einschätzung und ist ein Beleg dafür, dass die Nachfragekurve tatsächlich negativ geneigt ist. Auch in Deutschland.

Gerade deswegen halte ich gar nichts von der Einführung eines Mindestlohns in Deutschland. Er macht in erster Linie Arbeitsplätze unrentabel, also er vernichtet sie. Allerdings muss ich auch zugeben, dass ein Mindestlohn unter Umständen Gutes tun kann. Er hebt die Verzerrung durch ein Monopson, als so einen allein stehenden, ausbeuterischen Nachfrager nach Arbeit, auf. (So etwas beobachten wir in Teilen Ostdeutschlands, wo Menschen relativ immobil sind). Bei geringer Nachfrageelastizität kann ein Mindestlohn als Umverteilungsmechanismus dienen. Als ehrlicher Wissenschaftler kann ich diese theoretischen Möglichkeiten zugeben, dennoch habe ich so wenig Vertrauen in der ökonomischen Vernunft der politischen Klassen, dass ich mir einen behutsamen, verantwortungsvollen Umgang mit einem Mindestlohn überhaupt nicht vorstellen kann. Führt man in Deutschland den Mindestlohn ein, wird er wie in Frankreich zum politischen Spielball. Man würde alle bisherigen Reformbemühungen und –fortschritte mit einem Schlag zunichte machen.

Und dann gibt es die Nachfrage. Die konjunkturell bedingte Nachfrage nach Arbeit hängt auf jeden Fall von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ab, aber mehr dazu kann ich und will ich nicht sagen. Hier ist aber doch kein Hebel, den man beliebig betätigen kann. Diese Art von Brachial-Keynesianismus hat in der modernen Wirtschaftspolitik nichts mehr zu suchen, genau wie die

Kalifornier auch nicht von ihren Lokalpolitikern verlangen, die Nachfrage zu unterstützen. Ein Segen der Globalisierung ist es, dass diesem Faktum nicht mehr aus dem Weg gegangen werden kann. Umso mehr gilt mein Argument, wenn es um eine offene Wirtschaft geht. Die Besänftigung, Deutschland sei Exportweltmeister, hat eine ernsthafte, sachliche Diskussion der deutschen Lage sehr erschwert. Deutschland ist zwar Exportmeister, ist es aber auch gleichzeitig Importweltmeister, denn es braucht jede Menge Vorleistungen, die es nicht kostgünstig selber produzieren kann.

Eine beschränkte, auf dem Merkantilismus basierte Logik sieht auch darüber hinweg, dass die beste Prognose zukünftiger Beschäftigung in der OECD bei den *Dienstleistungsbranchen* liegt. Und Deutschland ist hier Entwicklungsland: 2004 waren 67,4% der Beschäftigten in Dienstleistungsbranchen, verglichen mit 78,4% in den USA und 75,6% in Schweden. Dort müssen die Politiker ansetzen. Hier geht es um konsequente Produkt und Arbeitsmarktderegulierung, es geht den Abbau der Bürokratie für kleine, neue Unternehmen, die nicht selten Ausgliederungen aus Großkonzernen sind. Die neu gewonnene Flexibilität ist ein wichtiger Bestandteil des Erfolgsrezepts der nordischen Länder, die oft übersehen werden. Hierzu gehört ein stark von der Politik unterstütztes Umdenken, dass Arbeitsplätze von unten kommen, also von kleinen, wachsenden Unternehmen, nicht von oben, nicht vom

Staate, auch nicht von der Mehrzahl der Großkonzerne und vor allem nicht in den Industrien des 20. sondern des 21. Jahrhunderts.

Arbeitsangebot

Eine zweite Grundregel, die jeder Student kennen muss, um bei uns an der Humboldt-Universität zu Berlin durchzukommen, lautet: Arbeit muss sich lohnen. Das ist nicht nur ein Grundsatz, sondern auch eine Frage der gesellschaftlichen Normen, ob marktliche Arbeit eine würdige Tätigkeit darstellt, auch wenn in einfachen, konsumnahen Dienstleistungen, die muss würdiger sein, also sich lohnen, gegenüber jenen Transfers, die man ansonsten bekommen kann.

Auch wenn die Löhne für niedrig qualifizierte Arbeitnehmer den Marktfundamentalen folgen und fallen, müssen die Einkünfte der arbeitenden Menschen nicht zwangsläufig sinken. Der große Erfolg des US-amerikanischen *Earned Income Tax Credit* ist ein guter Beweis dafür, dass Umverteilung transparent und effizient sein kann. Hingegen werde ich sprachlos, wenn ich über die zusätzliche Bürokratie denke, die mit einem Kombilohn verbunden ist, also mehr Verwaltung und Bürokratie für die Firmen, die es am wenigstens gebrauchen können, um eine äußerst merkwürdige Form von Umverteilungspolitik zu betreiben. Also bloß kein Kombilohn, lieber die Subjekte (die Haushalte) und nicht die Objekte (die Arbeitsplätze) fördern!

Globalisierung

Die Globalisierung hat ein großes Verdienst, die Gedanken auf das Ökonomische zu fokussieren. Anne Krueger hat es neulich auf den Punkt gebracht: Durch den Abbau von Handelsbarrieren hebt die Globalisierung die komparativen Vor- und Nachteile hervor. Eine Verschärfung des internationalen Wettbewerbes heißt auch, dass kleine Kostennachteile plötzlich viel gravierender werden können, *auch wenn sie konstant geblieben sind!* Die Transportkosten im Welthandel sind zum Beispiel um etwa 70% in den letzten fünfzig Jahren gefallen. Die Kommunikations- und Transaktionskosten sind auch stets gesunken – ein transatlantisches Telefonat von drei Minuten hat bekanntlich in den 1930er Jahren etwa \$250 in heutiger Kaufkraft gekostet; heutzutage kostet derselbe Anruf – mit erheblich besserer Qualität – wenn überhaupt ein paar Cent. So werden Standortnachteile, Regulierungen, sonst komische Handelsbräuche immer relevanter und kostspieliger, auch wenn sie seit Jahrzehnten absolut konstant geblieben sind. Dazu gehören unter anderen die Mitbestimmung, der Ladenschluss, und das Kündigungsschutzrecht, aber auch die Arbeitsmarktbürokratie, Produktmarktregulierung, die kollektive Lohnfindung. Vor vierzig Jahren hat sich Deutschland mit diesen Institutionen eingedeckt, wovon andere Länder nicht mal träumten. Aber nun stellen wir fest, dass des Kaisers Kleidung fehlt.

Kein Land kann sich über die Kraft des Marktes hinwegsetzen. Ein fundamental deutsches Problem –welches seine Wurzeln zum einen im Nationalsozialismus hat, aber sicherlich auch zum anderen in der deutschen Romantik – ist die Abneigung gegen Märkte, die

Marktwirtschaft und die fehlende Bereitschaft, die Wirtschaft als gemeinsame Quelle des Wohlstands anzusehen.. Diese These werde ich nicht auf dieser Stelle weiter vertiefen, sie liegt aber nahe. In welchem Lande gibt es ein solches Misstrauen der Marktwirtschaft? In welchem Land spricht man so schnell über ein „Neidgefühl“, das offenbar so stark geprägt ist, und so wenig über die gesellschaftlichen Leistungen der reich Gewordenen? Wo auf der Welt ist der Handel mit WM-Karten so streng verboten?

Die Abneigung gegen den Markt findet auch ihren Ausdruck in der Zeitverwendung deutscher Haushalte. Das habe ich in einem gemeinsamen Forschungsprojekt mit Daniel Hamermesh und Philippe Weil festgestellt: Die Deutschen arbeiten gern ohne Entgelt und ohne Steuern zu Hause. Zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung 1991/1992, einer der stärksten konjunkturellen Aufschwünge seit Jahrzehnten, haben deutsche Männer immer noch weniger Minuten im Markt gearbeitet als US-amerikanische Männer bei vergleichbarer Wirtschaftslage. Dafür haben sie zu Hause mehr als eine Stunde pro Tag mehr als die Amerikaner geschuftet. Auf die Lage der armen Frauen will ich hier gar nicht eingehen.

Mehr Jobs benötigt mehr Markt, weniger Regulierungen, mehr Freiheit, Flexibilität und Verantwortung. Man darf aber nicht aufgeben, gerade jetzt, wo sich ein deutscher Fußballoptimismus breit macht. Den Deutschen geht definitiv die Arbeit nicht aus, denn es ist den Holländern, den Dänen, und den Briten keineswegs ausgegangen. Ich will nicht unterstellen, dass allein die Deutschen der Arbeit aus dem Weg gehen wollen. Sie müssen das Problem nur beim Namen benennen und konsequent anpacken. Und wenn die Deutschen etwas Glück in der Politik haben, werde ich in wenigen Jahren ein neues Forschungsgebiet finden müssen.